

Antrag 59/I/2019**Abt. 09/07 Altglienicke****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission: Erledigt bei Annahme 53/I/2019 und Neufassung 69.1/I/2019 (Konsens)****Wohnungsneubau stärken – Mieten stabil halten**

1 Den Berliner Wohnungsmarkt zu stabilisieren und Mieten
2 für die Bevölkerung mit dem Dreiklang „Bauen – Kaufen –
3 Deckeln“ bezahlbar zu halten, ist die richtige Strategie.
4 Hierfür benötigen wir alle Partnerinnen und Partner in der
5 Wohnungswirtschaft: die städtischen Wohnungsgesell-
6 schaften, die Wohnungsbaugenossenschaften und wei-
7 terhin private Vermieterinnen und Vermieter. Die städti-
8 schen Wohnungsgesellschaften haben bereits große Ver-
9 antwortung übernommen, um neu zu bauen und Bestän-
10 de durch Zukauf in Neubau- oder Milieuschutzgebieten
11 zu erweitern. Stärker als bisher sollte das Potenzial der
12 Wohnungsbaugenossenschaften genutzt werden. Ihnen
13 wurden bisher zu wenige Grundstücke des Landes Ber-
14 lin für den Neubau angeboten. Diese sollten auf zu klei-
15 nen Grundstücken und nur in komplexen Konzeptverfah-
16 ren zur Verfügung gestellt werden.

17 Wir fordern daher:

- 18 1. Den Wohnungsbaugenossenschaften sollten in der
19 Gesamtstadt mehr und größere Grundstücke zum
20 Bau neuer genossenschaftlicher Wohnungen ange-
21 boten werden. Die Grundstücke sollten zum Ver-
22 kehrswert angeboten, ein Vorkaufsrecht des Landes
23 für den Fall des Wiederverkaufs gesichert werden.
- 24 2. Der Senat soll nicht nur Wohnungen für den kom-
25 munalen Wohnungsbestand zurückkaufen, sondern
26 auch stärker als bisher Bauland ankaufen.
- 27 3. Grundstücke im Brandenburger Umland im Ei-
28 gentum des Landes Berlin sollten ebenfalls für
29 Wohnungsneubau durch städtische Gesellschaften
30 und/oder Wohnungsbaugenossenschaften zur Ver-
31 fügung gestellt werden.
- 32 4. Baurechtlich sollen Möglichkeiten geschaffen wer-
33 den, die Genehmigung von Bebauungen zu be-
34 fristen, um zu erreichen, dass die Spekulation mit
35 Grundstücken, die über Baurecht verfügen, beendet
36 wird. Die Ausnutzung von Baurecht muss gefördert
37 werden, nicht das Nichtstun.
- 38 5. Weitere Maßnahmen zur Senkung von Neubaukos-
39 ten und Modernisierungskosten sollten angestrebt
40 werden. Der zuständige Fachausschuss der Berliner
41 SPD wird gebeten, Vorschläge dafür zu diskutieren.

42

43

44 Begründung

45 Wir streben eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit
46 städtischen Wohnungsgesellschaften, Wohnungsbauge-
47 nossenschaften und privaten Bauherren an - Private dür-
48 fen nicht grundsätzlich in ein schlechtes Licht gerückt wer-
49 den, sondern können und sollen ebenfalls einen Beitrag
50 zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum leisten.